

KORRUPTION

Hasi in der Grube

Das Gefängnis des Wiener Landesgerichts — im Volksmund „Graues Haus an der Alserstraße“ genannt — beherbergte Anfang November sechs Tage lang einen illustren Gast: den Großindustriellen Johannes Haselgruber („Hasi“), der das größte private Stahlwerk Österreichs erbaut hat und sich von seinen Bewunderern gern als „österreichischer Krupp“ feiern läßt.

Haselgruber ist seit Monaten Hauptfigur eines Korruptionsskandals: Ihm ist nachgewiesen worden, daß er an Funktionäre der Regierungsparteien hohe Spenden überwiesen hat und sich als Gegenleistung aus staatlich verwalteten Geldern Kredite beschaffen ließ, die ihm nach der Geschäftslage seines Unternehmens nicht hätten gewährt werden dürfen.

Als Haselgruber am 30. Oktober festgenommen wurde, erklärte die Staatspolizei überraschend, der Industrielle sei nicht etwa wegen des Finanzskandals verhaftet worden, sondern weil er versucht habe, Waffen nach dem Nahen Osten zu schmuggeln. Bald wurden jedoch Tatsachen bekannt, die in der österreichischen Öffentlichkeit den Verdacht erweckten, Regierungskreise hätten „Hasi“ Haselgruber absichtlich in eine Falle gelockt, um von dem für sie peinlichen Finanzskandal abzulenken und Haselgruber für einige Zeit mundtot zu machen.

Der heute 39jährige Haselgruber verdankt seinen Aufstieg zum Großindustriellen vor allem dem Ost-West-Handel. Er repräsentiert, wie die Wiener „Wochenpresse“ es formulierte, „die österreichische Spielart jenes halben Dutzend ellenbogenstarker westeuropäischer Geschäftsleute, die in den Jahren seit Kriegsende im Eisen-, Stahl- und Schrottgeschäft kometenartige Aufstiege erlebt und Milliardenvermögen gemacht haben. Das westdeutsche Gegenstück ist der Düsseldorfer Stahlhändler Willy Schlieker“.

Haselgruber betätigte sich als Großeinkäufer für die Sowjets und versorgte die jahrelang von den Russen betriebenen, ehemals deutschen Industrien Ostösterreichs, die in der Nachkriegszeit nach Eisen hungerten, mit Schrott aus Westösterreich, Westdeutschland und Belgien. Gegen den Vorwurf, ein Kommunistenfreund zu sein, wehrte er sich mit dem Argument: „Ich gehe von Kind auf regelmäßig in die Kirche“.

Im Jahre 1950 begann Ost-West-Händler Haselgruber, sich auf eine neue Berufssparte umzustellen. Er errichtete bei St. Andrä Wördern, einer Ortschaft nördlich von Wien, ein großes Stahlwerk. Den lukrativen Schrotthandel gab er nach und nach auf (Haselgruber: „Wenn ich dabei geblieben wäre, würde mir heute ein großer Teil von Triest und Bremen gehören“) und verbiß sich in den Ehrgeiz, ein österreichischer Krupp zu werden. Im vergangenen Jahr beschäftigte sein Stahlwerk rund 1300 Arbeiter.

Aufbau und Ausbau des Betriebes finanzierte Haselgruber zum großen Teil mit Krediten, die er sich auf eigenartigen Wegen zu beschaffen mußte. Bei seinen zahlreichen Kontakten mit der bundesdeutschen Industrie hatte er sich nämlich nicht nur für deren Transaktionen, sondern auch dafür interessiert, auf welche Art und in welchem Umfang die Bonner Parteien von der Industrie finanziert werden.

„In Deutschland“, so faßte er kürzlich das Ergebnis seiner Beobachtungen auf dem heiklen Gebiet der Parteifinanzierung zusammen, „ist es selbstverständlich, daß die bürgerliche Partei* von den Unternehmern finanziert wird und ihre Mandatare dafür intervenieren. Und in Österreich muß man dementsprechend dem Koalitionsgedanken Rechnung tragen.“

So beschloß Haselgruber, für die Finanzierung seines Betriebes gleich beide Koalitionsparteien einzuspannen. Da es ihm bei den Sozialisten nicht gelang, mit der Parteispitze ins Geschäft zu kommen, beschränkte sich seine Spenden auf einzelne Genossen, die Schlüsselstellungen in der verstaatlichten Industrie innehatten und die — als Dank für die Zuwendungen — dafür sorgten, daß Haselgrubers Betrieb von der verstaatlichten Industrie vorteilhaft beliefert wurde.

Mehr Erfolg hatte Haselgruber bei dem bürgerlichen Koalitionspartner, der Öster-



Ost-West-Händler Haselgruber
Waffengeschäfte mit der Polizei

reichischen Volkspartei (ÖVP) des Kanzlers Raab: Nicht nur einzelne Funktionäre, sondern der Landesverband Wien als Ganzes ließ sich von ihm reich beschenken und akzeptierte in den letzten Jahren Spenden in Höhe von rund 20 Millionen Schilling (3,2 Millionen Mark).

Wie Anfang Juni bekannt wurde, hat der Wiener Landesverband dem Haselgruber als Gegengabe Kredite in Höhe von 200 Millionen Schilling (32 Millionen Mark) aus der von einem ÖVP-Mann geleiteten öffentlichen „Girozentrale Österreichischer Sparkassen“ verschafft — den Großteil davon zu einem Zeitpunkt, da die finanzielle Lage des Haselgruberschen Betriebes schon äußerst prekär war.

Trotz aller Sanierungskredite brachten die Absatzkrise der österreichischen Stahlindustrie und das Geschäftsgebaren Haselgrubers das Stahlwerk in St. Andrä Wör-

* Haselgruber meint offensichtlich die CDU.

dern Anfang dieses Jahres an den Rand einer Katastrophe. Der „österreichische Krupp“ sah sich schließlich genötigt, die Schließung des Werkes ins Auge zu fassen. In den ersten Junitagen platzte dann der Korruptionsskandal mit voller Wucht in die österreichische Innenpolitik.

Während der mit 400 Millionen Schilling verschuldete Haselgruber vergebens einen Vergleich anstrebte und sein Werk schließlich unter Konkursverwaltung gestellt wurde, mußten der ehemalige Landesvorsitzende der ÖVP in Wien, der Abgeordnete Fritz Polcar, und weitere führende Volksparteiler Ämter und Mandate niederlegen. Sie hatten — nicht nur im Falle Haselgruber — die Partei dadurch finanziert, daß sie privaten Firmen Vorteile zuschanzten und dafür beträchtliche Geldspenden entgegennahmen.

Als Ende Oktober das Konkursverfahren begann, erwartete die Wiener Öffentlichkeit neue Enthüllungen. Am vierten Tag des Konkursverfahrens schien die Verhaftung Haselgrubers wahrscheinlich. Sie wurde zweimal beantragt, jedoch beide Male vom Gericht abgelehnt. Am 31. Oktober erfuhren die Wiener dann zu ihrer Überraschung, daß Haselgruber nicht etwa wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet worden war, sondern weil er angeblich deutsche Karabiner vom Typ 98 K aus Österreich über Hamburg nach dem Nahen Osten schmuggeln wollte.

Die Einzelheiten dieser so romantisch klingenden Affäre drohten — nach Meinung des Boulevardblattes „Expreß“ — „Österreichs pointiertesten Nachkriegsskandal zu einer Kriminalkomödie werden zu lassen“. Sie erweckten zugleich den Verdacht, bei der Waffenschmuggel-Affäre handle es sich in Wirklichkeit um ein geschicktes Manöver, das von dem Parteispenden-Skandal ablenken sollte. Es stellte sich nämlich heraus,

▷ daß die deutschen Karabiner, insgesamt 4700, von der österreichischen Gendarmerie offiziell der angesehenen Ex- und Import-Firma Friedrich Triebel zum Kauf und Weiterkauf angeboten worden waren;

▷ daß der Käufer, den Haselgruber auf Bitten des mittlerweile ebenfalls verhafteten Triebel beschafft hatte, ein Agent des österreichischen Innenministeriums war, der Haselgruber und Triebel in eine Falle locken sollte.

Als dieser Tatbestand publik wurde, begründete das Innenministerium sein Vorgehen mit der Behauptung, man habe vertrauliche Mitteilungen über Waffengeschäfte erhalten und sie prüfen wollen. Höhnte die Wiener „Presse“: „Ist es tatsächlich so, daß in der Herrengasse (dem Innenministerium) die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut, so daß es geschehen kann, daß eine Dienststelle in einer durchaus legalen geschäftlichen Transaktion einer benachbarten Abteilung (der Gendarmerie) eine dunkle Waffenschlebung vermuten kann ... Es muß auffallen, daß die Festnahme in einem Augenblick erfolgt ist, in dem ... der Konkursstermin unmittelbar bevorsteht. Sollte es möglich sein, daß da ein Zusammenhang besteht?“

Die Wiener Richter haben inzwischen die Konsequenzen gezogen: Nachdem sie Kaufmann Triebel aus der Haft entlassen hatten, setzten sie wenige Tage später auch Johannes Haselgruber und seinen ebenfalls in Haft genommenen Direktor Bauer auf freien Fuß. Von einem Verfahren gegen Haselgruber wegen betrügerischen Konkurses ist nicht mehr die Rede.